

Windenergie

Verbände fordern Südquote

[22.09.2026] Bei der jüngsten Ausschreibung für Windenergie an Land sind nach Angaben von Erneuerbaren-Verbänden nur knapp fünf Prozent der bezuschlagten Leistung auf Bayern und Baden-Württemberg entfallen. Die Plattform Erneuerbare Energien Baden-Württemberg und der Landesverband Erneuerbare Energien Bayern fordern deshalb Änderungen am Ausschreibungssystem und eine Südquote im EEG.

Die [Plattform Erneuerbare Energien Baden-Württemberg \(PEE BW\)](#) und der [Landesverband Erneuerbare Energien Bayern \(LEE Bayern\)](#) sehen beim Ausbau der Windenergie weiterhin ein deutliches Nord-Süd-Gefälle. Nach Angaben der Verbände entfielen in der jüngsten Ausschreibungsrunde lediglich rund 100 Megawatt (MW) der bezuschlagten Leistung auf Bayern und Baden-Württemberg. Die Verbände wollen deshalb erreichen, dass im Zuge der geplanten EEG-Novelle eine Südquote eingeführt wird.

Insgesamt hat die Bundesnetzagentur in der Ausschreibungsrunde zum 1. August 2026 Zuschläge für 2.523 MW erteilt. Die Runde war mit 461 eingereichten Geboten über insgesamt rund 5.250 MW deutlich überzeichnet. Das größte Zuschlagsvolumen entfiel mit 836 MW auf Niedersachsen, gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit 430 MW und Rheinland-Pfalz mit 336 MW. Der durchschnittliche mengengewichtete Zuschlagswert sank von 5,06 auf 4,79 Cent pro Kilowattstunde.

Nach Ansicht von PEE BW und LEE Bayern reichen die bestehenden Ausschreibungsregeln nicht aus, um einen stärkeren Windenergieausbau im Süden Deutschlands zu erreichen. „Ohne eine eigenständige Südausschreibung wird sich die Schieflage weiter verschärfen“, erklärt Ariane Lubberger vom LEE Bayern.

Die Verbände verweisen dabei auf die Folgen eines regional ungleichmäßigen Ausbaus. Da große Stromverbrauchscentren in Bayern und Baden-Württemberg liegen, während neue Windkraftkapazitäten vor allem in anderen Teilen Deutschlands entstehen, seien umfangreiche Stromtransporte und zusätzliche Eingriffe in den Netzbetrieb erforderlich. Nach Angaben der Verbände kommt eine von ihnen beauftragte Studie vom März 2026 zu dem Ergebnis, dass ein stärkerer Windenergieausbau im Süden die Redispatch-Kosten um bis zu 1,8 Milliarden Euro jährlich reduzieren könnte.

PEE-BW-Vorsitzender Jörg Dürr-Pucher warnt vor vermeidbaren Kosten durch einen zu langsamen Ausbau im Süden. Die Stromerzeugung dürfe aus Sicht des Verbands nicht dauerhaft von den Verbrauchsschwerpunkten im Süden abgekoppelt werden.

PEE BW und LEE Bayern fordern den Bundestag daher auf, im Rahmen des EEG 2027 eine Südquote einzuführen und zugleich die Bedingungen des Referenzertragsmodells anzupassen. Die Bundesnetzagentur führt die Ausschreibungen zur Ermittlung der finanziellen Förderung für Windenergieanlagen an Land durch. Die nächste Ausschreibungsrunde ist für den 1. November 2026 vorgesehen.

(th)

Stichwörter: Politik, Windenergie, Landesverband Erneuerbare Energien Bayern (LEE Bayern), Plattform Erneuerbare Energien Baden-Württemberg (PEE BW)